

Winterthur, 20. Dezember 1999

KR-Nr. 435/1999

ANFRAGE von Christoph Schürch (SP, Winterthur)

betreffend Pflagenotstand in den letzten 20 Jahren

Im September 1979 hat die damalige Direktion des Gesundheitswesens, Regierungsrat Dr. P. Wiederkehr, in einem Brief an das Pflegepersonals folgendes festgehalten:

„Wie Sie an Ihrem Arbeitsplatz selbst feststellen können, fehlen in vielen Krankenhäusern Schwestern und Pfleger. Dieser Personalmangel führt dazu, dass Sie zusätzlich belastet werden und die Patienten oft nicht optimal pflegen können, wie Sie dies gerne täten. Die Mehrbelastung wiederum zieht vielfach die Aufgabe des Berufes, Teilzeitarbeit oder längere unbezahlte Urlaube nach sich. Dadurch vergrössert sich der Personalmangel, das verbleibende Personal wird noch stärker belastet und die Berufsaufgaben usf. nehmen weiter zu.

Die Gesundheitsdirektion hat eine eigene Stabsstelle für den Pflegedienst geschaffen. Zu deren vordringlichen Aufgaben gehört es, Massnahmen zur Behebung des Personalman- gels auszuarbeiten. So werden im Moment gemeinsam mit dem SBK (Schweiz. Berufsver- band der Krankenschwestern und Krankenpfleger) die Kündigungsgründe des Kranken- pflege-personals der allgemeinen Krankenpflege überprüft. Die Resultate erwarten wir auf anfangs Oktober 1979. Im Laufe des nächsten Jahres sollten sich daraus konkrete Mass- nahmen ergeben. Zudem prüfen wir in den nächsten Monaten, wie der Pflegedienst am In- formationsfluss in den Spitälern beteiligt ist.

Zahlreiche weitere Massnahmen kommen erst langfristig zum Tragen. Unter diesen Um- ständen sind wir in hohem Masse auf Ihr Verständnis und auf Ihre Hilfe angewiesen. Ich bit- te Sie im Interesse der Patienten und Ihrer Arbeitskolleginnen und -kollegen, in der momen- tan schwierigen Zeit durchzuhalten und Ihren Beruf nicht zu verlassen. Sie leisten damit ei- nen grossen Beitrag zur Linderung der Personalnot.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen für Ihren bisherigen Einsatz im Dienste der Mitmenschen zu danken.“

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Massnahmen wurden damals ergriffen, um den Pflagenotstand zu beheben? Warum haben diese Massnahmen nie gegriffen?
2. Wie hoch ist die damals geschaffene Stabsstelle für den Pflegedienst heute personell ausgestattet? Welches sind die Aufgaben dieser Stabsstelle?
3. Welche Konsequenzen zieht der Regierungsrat aus der Tatsache, dass seit 20 Jahren ein zwar in der Akzentuierung unterschiedlicher, aber doch permanent existierender Pflagenotstand herrscht?

4. Ist der Regierungsrat bereit, in der Gesundheitsdirektion eine Umfrage über die Arbeitszufriedenheit (analog der Umfrage in der Finanzdirektion 1997) durchzuführen und die Mitarbeitenden auch zu fragen, wo denn Lösungsansätze zu suchen seien?
5. Der herrschende Pflegenotstand wird zur Zeit mit vor allem zwei Massnahmen, nämlich der erneuten Rekrutierung von Pflegekräften im Ausland und gewisser minimaler und punktueller Lohnverbesserungen angegangen. Welche Massnahmen darüber hinaus gedenkt der Regierungsrat einzuleiten und auch umzusetzen?

Christoph Schürch